

Die Zurückhaltung der reichen Deutschen

Wer wohlhabend ist in der Bundesrepublik, meidet den öffentlichen Diskurs. Das hat viel mit Neid und Politik zu tun.

Von Carsten Germis, Hamburg

Reiche haben in Deutschland kein besonders gutes Image. Wohl in kaum einer anderen europäischen Gesellschaft wird in der politischen Diskussion "Gleichheit" eher als Ergebnis- denn als Chancengleichheit gesehen und gefordert. Soziale Unterschiede werden - bis weit in die politische Klasse hinein - als obszön empfunden. Die fünf ersten in Deutschland bei Umfragen reichen Menschen zugesprochenen Eigenschaften sind allesamt negativ: Sie gelten als egoistisch (62 Prozent), materialistisch (56 Prozent), rücksichtslos (50 Prozent), gierig (49 Prozent) und überheblich (43 Prozent). Der neue Generalsekretär der größten Regierungspartei SPD, Kevin Kühnert, hat schon lange auch deswegen den Reichen in Deutschland den Kampf angesagt. "Ich kann mich nicht darüber beschweren, dass Vermögen zu ungleich verteilt sind, aber dann nichts auf der Pfanne haben, um das zu ändern", ist seine Position. Und die reichen Deutschen? Öffentlich zu widersprechen, wagt dem populistischen Bild kaum jemand. "Die Reichen machen sich in Deutschland gerne unsichtbar. Sie sind im öffentlichen Meinungsbild eher zurückhaltend, weil sie die Zerrbilder vermeiden wollen", sagt Christian Freiherr von Bechtolsheim. Er gehört selbst zu den Wohlhabenden in der Bundesrepublik. Die Familie betreibt auf rund 100 Hektar Land- und Forstwirtschaft in Oberbayern, dazu kommen rund 400 Hektar in Thüringen. Gemeinsam mit Andreas Jacobs betreibt er daneben mit der Focam AG seit 1999 ein Family Office, das zu den Ältesten seiner Art in Deutschland gehört. Das Unternehmen betreut rund 40 Mandanten mit einem liquiden Vermögen von etwa 3 Milliarden Euro. Von Bechtolsheim kennt sie also, die Reichen in der Bundesrepublik.

Wohlhabende sind gerne unsichtbar

Ihn ärgert auch deswegen die schlichte Losung, die in Politik und Medien weit-verbreitet ist, wenn die Frage auftaucht, wie die rasant steigenden Kosten des Sozialstaats aufgebracht werden sollen: "Die Reichen schröpfen". Gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen bei Focam, Andreas Rhein, hat er deswegen reiche Deutsche befragt. Es sei verständlich, wenn sich Reiche in Deutschland vor dem Hintergrund der Ressentiments in Politik, Medien und Gesellschaft "praktisch unsichtbar" machten. Nur sei diese Zurückhaltung wenig hilfreich, wenn es darum gehe, das Bild von "den Reichen" und ihrem Beitrag für Gemeinschaft und Gesellschaft transparent darzustellen und mitzuprägen.

Gerade Familienunternehmer in Deutschland tragen seiner Ansicht nach sehr viel zum Wohlstand des Landes bei, ihre starke Rolle habe die Bundesrepublik zum Schrittmacher der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht. Mittelständische Unternehmen seien "die Basis des Wohlstandes in Deutschland". Doch "die Familienunternehmer begegnen - gerade in der Politik und in der veröffentlichten Meinung - aber oft dem Bild des gierigen Reichen. Das ist absurd, weil wohl kaum jemand so das Bild einer Sozialen Marktwirtschaft verkörpert wie der Mittelstand", sagt von Bechtolsheim.

Wie vergiftet das Meinungsklima in der Bundesrepublik ist, merkte er, als er sich um Gesprächspartner für das gemeinsam mit Andreas Rhein herausgegebene Buch "Vermögen bedeutet Verantwortung" bemühte. Gut 20 "Reiche", vom früheren AEG-Chef Heinz Dürr über den Inhaber des Textilunternehmens Trigema, Wolfgang Grupp, und den Unternehmer Andreas Jacobs bis zur Verwaltungsratspräsidentin der schweizerischen Underberg AG, Hubertine Underberg-Ruder, waren

bereit, sich über ihren Wohlstand und die Rolle der Wohlhabenden in der Gesellschaft interviewen zu lassen. "Viele, die ich gefragt habe, haben abgesagt", berichtet von Bechtolsheim. "Sie wollten auf keinen Fall mit dem Begriff wohlhabend oder reich verbunden werden. Besonders bei Frauen war das sehr ausgeprägt. Das sagt viel aus über das gesellschaftliche Klima."

Wen auch immer er fragte: Dass Vermögen auch Verantwortung bedeute, haben alle Interviewten gesagt. Jenseits des politischen Populismus der Linken bestätigen das auch die Zahlen.

Nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom November 2018 tragen zehn Prozent der Steuerpflichtigen in Deutschland mehr als die Hälfte der gesamten Einkommensteuer. "Gerade Familienunternehmer wissen, dass sie in der Pflicht für das Gemeinwesen sind", sagt von Bechtolsheim. "Sie tun auch sehr viel, tragen auch überdurchschnittlich viel zum Steueraufkommen bei. Wogegen sie sich - zu Recht - wehren, ist eine Substanzbesteuerung. Denn die würde die Grundlage für den Wohlstand nicht nur der Familien, sondern der ganzen Gesellschaft zerstören."

Für viele der Wohlhabenden gibt es bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit einen Punkt, an dem sie im gerade in Deutschland so ausgeprägten politischen Ruf nach Gleichheit einen eher frommen Wunsch sehen. "In dem Moment, wo Sie einen Anspruch formulieren, alle Menschen in einem gewissen Sinne gleichzustellen, werden Sie jämmerlich versagen - das ist gar keine Frage. Es wird immer Menschen geben, die kaum einen Antrieb haben, ihre Situation zu verbessern, und andere, die ihre Lebenszeit nutzen wollen, etwas Produktives zu machen", sagt Ellen Ringier, eine Schweizer Mäzenin, in dem Buch.

Das weist auf den Grundkonflikt hin, den die meisten Wohlhabenden mit der politischen Diskussion in der Bundesrepublik haben. Sie wird von Neid getragen. Schon in Zeiten vor der Wiedervereinigung hatte der Soziologe Helmut Schoeck in seinen bis heute bahnbrechenden Untersuchungen über den "Neid und die Gesellschaft" geschrieben, dass die populistische Anrufung des Neides beim Menschen "politisch zweckrational" sei. "Das wirklich Tragische am sozialistischen Ideengut ist der Versuch, eine Volkswirtschaftslehre, ein Programm von Zwangsmaßnahmen aus der vermeintlichen Pflicht heraus zu spinnen, eine Gesellschaft der vom Neid erlösten Gleichen" zu schaffen, schrieb Schoeck.

In von Bechtolsheims Buch weisen Gesprächspartner darauf hin, dass die populistischen Versprechungen der Politik, es gebe Ansprüche auf Wohlstand, ohne etwas dafür zu tun, das Problem der Gesellschaft seien. "So vermittelt man den Leuten den Glauben, ihr Beitrag zur sozialen Marktwirtschaft sei eigentlich gar nicht notwendig. Das ist falsch. Die soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Versprechen, dass alle ihr Bestes geben, und diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - ihr Bestes nicht sehr weit bringt, durch die Gesellschaft aufgefangen und unterstützt werden." Kurz gesagt: Das Versprechen "Ich habe ein Anrecht auf alles" ist nicht Teil der Sozialen Marktwirtschaft. Schoeck hat auch auf die Schiefelage einer Politik hingewiesen, wenn Politik von einem Gesichtswinkel aus betrieben wird, "bei dem es den vielen angeblich nur dann gut geht, wenn es keine wenigen gibt, denen es besser geht". Konsequenz zu Ende gedacht, wäre Gleichheit erst dann sozial gerecht, wenn ein Zustand erreicht wird, in dem es allen schlecht geht.

Kluft zwischen Arm und Reich größer

Dass gerade die Kapitalbesitzer in den vergangenen Jahren reicher geworden sind, leugnet dabei auch von Bechtolsheim nicht. Nur: Er sieht einen der Gründe dafür eher in der Politik, die gerade von Linken gefordert und gefördert worden ist. "Es stimmt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden ist", sagt er. "Das hat aber zu einem großen Teil mit der Nullzinspolitik der EZB zu tun, die Kleinsparer und Rentner enteignet und Wohlhabende fördert."

Was erwarten Wohlhabende wie von Bechtolsheim, die ihre Positionen in der Politik sichtbarer machen und Vorurteilen entgegentreten wollen, von der neuen Bundesregierung? "Es gibt natürlich Gespräche mit der Politik", sagt er. "Aber Bauern, Handwerker oder mittelständische Unternehmer sind im Bundestag immer seltener zu finden."

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Regierungsfractionen bestätigt genau das. "Es ist eine bedenkliche Entwicklung, weil sie den Blick auf die Lebenswirklichkeit im Land verstellt", kritisiert von Bechtolsheim. Er wünscht sich, dass sich Familienunternehmer öffentlich mehr einmischen und an den politischen Diskussionen teilnehmen. Leicht wird das Vorhaben jedoch nicht. "Das öffentliche Meinungsklima und der Trend zum Berufspolitiker, der es für Quereinsteiger schwer macht, ist auch einer der Gründe, warum wenige Familienunternehmer in die Politik wollen", sagt er.